



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG, 29 OLDENBURG, POSTFACH 2503, TELEFON: 73041, TELEX-NR. 25655 UNOL D. REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH) MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER. NACHDRUCK NUR NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION. (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT. DER NIEDERSÄCHSISCHE MINISTER FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST HAT SICH DER FÜHRUNG DIESES NAMENS DURCH DIE UNIVERSITÄT BISHER WIDERSETZT.)

25. Juli

14/78

DGB schätzt Kooperation mit der Universität positiv ein

Zuversichtlich hat sich der Stellvertretende Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Niedersachsen, Wolfgang Schultze, über die Zusammenarbeit seiner Organisation und der Bildungseinrichtung Arbeit und Leben mit der Universität geäußert, die seit mehr als drei Jahren durch eine Kooperationsvereinbarung verbunden sind.

Auf einer Pressekonferenz anlässlich seiner Wahl zum Vorsitzenden des Kooperationsausschusses erklärte Schultze, daß ein zunehmendes Interesse an einer Kooperation auf beiden Seiten zu verzeichnen sei. Schultze löst den Leiter der Kontaktstelle für Wissenschaftliche Weiterbildung, Jürgen Weißbach, ab, der zum Stellvertreter gewählt wurde.

Das zunehmende Interesse der Gewerkschaften führte Schultze besonders darauf zurück, daß die Universitäten

heute nicht allein mehr Ausbildungsstätten für die Führungskader in Staat und Wirtschaft seien, sondern zunehmend Studenten ausbilden, die später keine Führungspositionen einnehmen könnten und sich ebenso wie andere Arbeitnehmer organisieren müßten, um ihre Interessen vertreten zu können.

Vor den Wahlen hatten Jürgen Weißbach und der bisherige Stellvertretende Vorsitzende, Günther Altmann, den Arbeitsbericht 1977/78 vorgelegt. Im vergangenen Jahr erstreckte sich die Zusammenarbeit auf mehrere Forschungs- und Lehrprojekte: »Entwicklungsraum Ostfriesland«, »Arbeitsmarktentwicklung und Arbeitsmarktpolitik im Nordwestraum«, »Strukturpolitik als Unterrichts- und Schulungsthema« sind Bereiche, an denen teilweise schon seit längerer Zeit gearbeitet wird. Neue Überlegungen erstrecken sich auf den Bereich Lärmschutz und das Fach Chemie, für das ein Unterausschuß gebildet werden soll, um die Kooperation noch effektiver zu gestalten.

Grenzen sind einer stärkeren Zusammenarbeit in diesen Bereichen jedoch durch fehlende finanzielle Möglichkeiten gesetzt. So waren vom Kooperationsausschuß die Projekte »Situation arbeitsloser Mädchen und von Mädchen ohne Ausbildungsvertrag« sowie »Zulassungsprüfung zum Hochschulstudium ohne Reifezeugnis« vorgeschlagen worden; die Finanzierungsbedingungen aber waren nicht gesichert.

Die Universität beteiligte sich zudem an der Durchführung von Bildungsurlaubsveranstaltungen und Betriebsräteschulungen, wobei es zur Kooperation auch mit dem ÖTV-Hauptvorstand gekommen ist, sowie an Bildungsangeboten von Arbeit und Leben.

Um die Zusammenarbeit zwischen der Universität und dem DGB noch bekannter zu machen, wurde ferner die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt, in deren Rahmen Herbert Bienk vom ÖTV-Hauptvorstand über »Gewerkschaften und Studienreform« sprach.

FB I und IV wählte Vorsitzende

Die Fachbereichsräte I und IV haben ihre Vorsitzenden, deren Amtszeit am 1. Oktober beginnt, turnusgemäß neu gewählt. Im Fachbereich I wurde der Sozialwissenschaftler Professor Jost von Maydell einstimmig wiedergewählt. Im Fachbereichsrat IV stimmte die Mehrheit für den Chemiker Professor Peter Köll. Stellvertreter von Köll wurde der Physiker Professor Volker Mellert. Noch unklar ist, wer in den Fachbereichen II und III den Vorsitz übernehmen wird.

Wird Mitbestimmung für Dienstleister weiter eingeschränkt?

Mit »größter Entschiedenheit« hat die ÖTV-Betriebsgruppe in einer Stellungnahme jede Verordnung zum § 47 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes abgelehnt, der die Rechtsstellung der Mitglieder von Gremien regelt. Der Entwurf zur Verordnung § 47 NHG des Wissenschaftsministeriums sieht vor, das Stimmrecht der sonstigen Mitarbeiter von der

- Dauer der Zugehörigkeit zu Gremien
- Eingruppierung
- Ausbildung
- Art und Dauer der Tätigkeit abhängig zu machen.

Die ohnehin schon diskriminierenden Regelungen zur Mitbestimmung für die Dienstleister nach dem HRG und NHG würden, so die ÖTV, durch die Verordnung in ihren Auswirkungen noch verstärkt.

Gerügt haben inzwischen auch der Senat und der Personalrat den Verordnungsentwurf des Ministeriums.

Fünf neue Stipendien

Zum 1. November 1978 vergibt die Universität fünf Stipendien nach dem Graduiertenförderungsgesetz. Die Förderung ist für Promotionen oder für ein weiteres Studium vorgesehen. Anträge, die bei Ilona Neuhaus (A 209) zu erhalten sind, müssen dort bis zum 15.10.1978 abgegeben werden.

Physik wird ausgebaut

Nach Mitteilungen der Nordwest-Zeitung soll der Studiengang Physik jetzt endgültig in der ursprünglichen Größe ausgebaut werden. Festgelegt hat sich die Landesregierung auch auf die Schaffung von 600 Pharmaziestudienplätzen. Gleichzeitig erklärte sie, daß sie die Pläne der Universität, ein Institut für Mittelstandsforschung zu errichten, unterstützen werde.

Der Pressesprecher der Landesregierung, Helmut von Poser, gab nach Angaben der NWZ diese Information als Ergebnis eines Gesprächs zwischen Ministerpräsident Ernst Albrecht und Wissenschaftsminister Professor Eduard Pestel, den beiden Oldenburger CDU-Abgeordneten Josef Dierkes und Heinrich Niewerth sowie dem Vorsitzenden der Universitätsgesellschaft, Gerhard Wachsmann, bekannt.

Gerichtsverhandlung gegen Dokumentationsherausgeber?

Nachdem bereits am 7. April in der NWZ zu lesen war, daß die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Oldenburg Anklage gegen 13 niedersächsische Hochschullehrer (darunter 9 aus Oldenburg) erhoben hat, weil sie zu den Herausgebern der Dokumentation »Buback-Ein Nachruf« gehören, sind nun genau drei Monate später die Anklageschriften auch bei den Beschuldigten selbst eingetroffen. Zwischenzeitlich (Anfang Mai) hatte das Landgericht wissen lassen, daß die Presse weder von der Staatsanwaltschaft noch vom Gericht informiert worden sei. Von wem dann, wurde offengelassen. Die Anklageschrift ließ weitere zwei Monate auf sich warten.

Die große Strafkammer I beim Landgericht wird nun Anfang September nach Prüfung der Einwände der Beschuldigten oder ihrer Anwälte entscheiden müssen, ob sie das Verfahren selbst eröffnet. Fällt die Entscheidung positiv aus, ist damit zu rechnen, daß im Herbst/Winter der Prozeß gegen die Herausgeber der Dokumentation in Oldenburg stattfindet.

Die Hochschullehrer werden angeklagt, durch Herausgabe der Dokumentation Vergehen nach § 90a (Verunglimpfung des Staates), § 130 (Volksverhetzung), § 185 (Beleidigung), § 189 (Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener) begangen zu haben. Strafantrag hatten gestellt: der Bundesjustizminister, der Bundesinnenminister und der Sohn des ermordeten Generalbundesanwalts, Dr. Michael Buback.

Die angeschuldigten Hochschullehrer hatten sich darauf berufen, daß die Dokumentationen ein Beitrag zu den öffentlichen, vor allem staatlichen Reaktionen auf das Erscheinen des Textes in einer Göttinger Studentenzeitschrift gewesen sei. Damit habe die in der Öffentlichkeit vorgetragene These, die Göttinger Studenten billigten die Ermordung des Generalbundesanwalts Buback und rechtfertigten den Terrorismus widerlegt werden sollen. Entgegen den auch in der »Dokumentation« wiedergegebenen Presseäußerungen, die diese These verträten, gelange der Göttinger Artikel zu einer Ablehnung der Ermordung des Generalbundesanwalts Buback und zur Ablehnung des Terrorismus insgesamt.

Das Oldenburger Verfahren muß im Kontext von inzwischen über 100 Verfahren wegen der gleichen Angelegenheit im gesamten Bundesgebiet gesehen werden. Zahlreiche Verfahren mit den unterschiedlichsten Ergebnissen (von Einstellung über Freispruch bis zur Verurteilung) sind bereits durchgeführt worden, andere Prozesse (z. B. auch in Bremen) stehen unmittelbar bevor. Die

Anklagepunkte betreffen im wesentlichen die Freiheit der Meinungsäußerung und die sogenannte Verunglimpfung des Staates und seiner Organe. Damit erhalten die Prozesse eine politische Bedeutung, weil in ihnen unter Umständen die Grenzen der Meinungsfreiheit neu bestimmt bzw. eingeschränkt werden. Es wird nötig sein, auch in Oldenburg - nach der Sommerpause - diese Problematik öffentlich zu diskutieren.

Zitat

»Wie die entschiedene Zweiteilung der Schule selber dem Wesen des Obrigkeitsstaates gemäß ist, so entspricht ihr wiederum die Scheidung der Gesamtlehrerschaft in zwei nach Bildung, Rang und Einkommen getrennte Stände, zwischen denen es einen Übergang nicht gibt und keine Gemeinschaft der beruflichen Interessen zur Geltung kommt. Wird aber das nationale Schulwesen als eine Einheit betrachtet und behandelt, hört die Scheidung zwischen Regierenden und Regierten auf, die Bildungsziele maßgebend zu bestimmen, so hat auch die Zweiteilung der Lehrerschaft Sinn und Berechtigung verloren.« aus: R. Lehmann, Die pädagogische Bewegung der Gegenwart, München 1922, S. 119.

Studentenaustausch mit Universität Lancaster

Während des Sommersemesters hat das Fach Anglistik Kontakt aufgenommen mit der University of Lancaster im Norden Englands, und ein Studentenaustauschprogramm mit dem dortigen Fach German organisiert. Lancaster gehört zu einer Gruppe von englischen Universitäten, die in den 60-er Jahren gegründet wurden, und hat sich seitdem in verschiedenen akademischen Bereichen (z. B. Linguistik, Pädagogik) einen Namen gemacht. Die Universität, in einem College-System organisiert, ist von der Studentenzahl her mit der Oldenburger vergleichbar.

Im Herbst werden vier Studenten aus Lancaster in Oldenburg ein 1jähriges Studium beginnen; zwei Studentinnen aus Oldenburg mit Hauptfach Englisch werden im gleichen Zeitraum in Lancaster studieren. Zur Zeit ist der Austausch noch insofern unbefriedigend, als Lancaster von den Oldenburger Studentinnen die Zahlung von sehr hohen Studiengebühren verlangt; erst wenn der Austausch erfolgreich angeht, wird die Verbindung zwischen den Universitäten über den Austausch hinaus erweitert worden ist, kann man

Institut für Mittelstandsforschung?

Vor dem Juniorenkreis der Oldenburger Industrie- und Handelskammer hat Professor Hans Freytag, Hochschullehrer im Fachbereich III, kürzlich in der Universität gesprochen. Freytag erklärte dort wörtlich: »Für die Region, in der wir leben, sind Bestehen im Leistungswettbewerb, Vollbeschäftigung und angemessenes, nachfrageorientiertes Wachstum nur zu sichern, wenn es auch und gerade den kleinen und mittleren Unternehmen gelingt, die für sie notwendigen Anstrengungen im Bereich der eigenen Zukunftssicherung zu machen.«

In diesem Zusammenhang setzte er sich für ein Institut für Mittelstandsforschung in der Oldenburger Universität ein. Diese Forderung wird auch vom Senat unterstützt. Gleichzeitig machte die Hochschule jedoch darauf aufmerksam, daß eine solche Einrichtung geschaffen werden könne, wenn die Landesregierung, die dem Projekt ebenfalls positiv gegenübersteht, dafür Stellen zur Verfügung stellt.

ABM-Stellen sollen verlängert werden

In Verhandlungen mit dem Personalrat hat das Arbeitsamt zugesagt, die Verträge aller ABM-Kollegen, deren Dienstverhältnis am 30. November 1978 enden soll, um ein halbes Jahr zu verlängern. Der Personalrat wertete diese Verhandlung als großen Erfolg, zumal das Rektorat keine Chance gesehen hatte, eine entsprechende Zusage zu erhalten.

auf eine Senkung oder Abschaffung der Gebühren hoffen.

Bei den Verhandlungen wurde betont, daß weitere Kontaktaufnahme, Besuche und Kooperation zwischen Mitgliedern aller Fächer und Abteilungen angestrebt werden sollte. Erste Initiativen hierzu hat Lancaster schon ergriffen, indem das Fach Social Work und das Centre for Physical Education Verbindung mit Sozialpädagogik und Sport aufgenommen haben.

Es bleibt zu hoffen, daß Mitglieder dieser Universität sich auch für die Erweiterung und Vertiefung der Kontakte einsetzen werden, zumal an beiden vergleichsweise jungen Hochschulen Diskussionen über strukturelle und hochschuldidaktische Probleme geführt werden, und schon deshalb eine breitere angelegte Verbindung in beidseitigem Interesse wäre.

Weitere Informationen kann aus dem University of Lancaster Prospectus (Bibliothek bzw. FB II-Geschäftsstelle) entnommen werden; ferner ist Priscilla Metscher, Lektorin im Fach Anglistik, bereit, bei der Kontaktaufnahme behilflich zu sein. G. Gornall

»Massivster Eingriff in Konzeption der ELAB«

Als den bisher massivsten Eingriff in die Konzeption der Einphasigen Lehrerbildung hat der Senat die Schließung des Studienganges Arbeitslehre für die Sekundarstufe II bezeichnet und das Wissenschaftsministerium aufgefordert, die Schließung des Studienganges im Sek.-II-Bereich nicht zu vollziehen. Das Ministerium hatte die Schließung u.a. damit begründet, daß keine Ausbildungsplätze in den Schulen dafür zur Verfügung stünden.

In der Erklärung des Senats heißt es wörtlich: »Anstatt das Fehlen von Ausbildungsplätzen in den Schulen als dringendes Signal für das erschreckende Defizit an Lehrern in einem Fachgebiet zu verstehen und mit der Universität nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, hat das Ministerium nur die Lösung gefunden, die Ausbildung solcher Lehrer

auch für die Zukunft auszuschließen. Neben dem teilweisen weiteren Ausbau des Oldenburger Ausbildungsmodells muß die Schließung des Studienganges Arbeitslehre weitreichende bildungspolitische Konsequenzen haben;

- die für die reformierte gymnasiale Oberstufe vorgesehenen Fächer »Technologien«, die bisher wegen Lehrermangels nicht erteilt werden konnten, werden auch weiterhin ohne Lehrer bleiben,
- für berufsbezogene Differenzierungen im gymnasialen Fächerangebot, die dem Mangel an Studienplätzen und den Veränderungen im Beschäftigungssystem gerecht werden könnten, wird es nach der beabsichtigten Schließung des Studienganges Arbeitslehre auch weiterhin keine Lehrer geben.

Die Niedersächsische Landesregierung bringt sich damit selbst in Widerspruch zu ihrer zumindest verbal versicherten bildungspolitischen Zielsetzung, neben dem Studium gleichberechtigte Ausbildungs- und Beschäftigungschancen auch für Abiturienten zu verwirklichen.

Auch der Kooperationsausschuß hat in einer einstimmig gefaßten Erklärung die Schließung des Studienganges kritisiert.

Lehraufträge für Sprachen

Ansichts des im Sommersemester in Kraft getretenen Sprachenerlasses hat der Senat auf seiner Sitzung am 19. Juli 1978 beschlossen, Lehraufträge für Französisch, Latein, Griechisch, Spanisch und Niederländisch zu vergeben.

Arbeitsgespräch Schule-Universität

Am 11. Juli 1978 fand in der Universität Oldenburg auf Einladung des Vorsitzenden der Studienkommission Lehramt Wirtschaftswissenschaften Sekundarbereich II, Professor Dr. Günter Kutscha, und des Leitenden Regierungsschuldirektors Güth (Bezirksregierung Weser-Ems) ein studiengangsbezogenes Arbeitsgespräch Schule-Universität statt, in dem die Leiter der berufsbildenden Schulen über die einphasige Ausbildung von Handelslehrern sowie über die im dritten Studienabschnitt anstehenden Probleme unterrichtet wurden.

Die anschließende offene Diskussion über Teilaspekte des Handelslehrerstudiums sowie über die Sicherstellung eines hinreichenden Angebots an Ausbildungsplätzen im unterrichtspraktischen Halbjahr führten zwar zu keinen abschließenden Vereinbarungen, wohl aber kamen die Teilnehmer darin überein, auf weiteren Sitzungen im Wintersemester nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Es wurde erwogen, das studiengangsbezogene Arbeitsgespräch zwischen Vertretern der oberen Schulbehörde, den Leitungen der Berufsschulen und der Studienkommission in Zukunft regelmäßig stattfinden zu lassen, und zwar mit dem Ziel, Informationsdefizite und dadurch verursachte Mißverständnisse zu beheben, aufgetretene Schwierigkeiten und Mängel in der Durchführung der berufspraktischen Ausbildung zu klären sowie Vereinbarungen über Maßnahmen zu treffen, die eine qualifizierte Ausbildung von Handelslehrern gewährleisten.

Besondere Beachtung fand die Feststellung des Leitenden Regierungsschuldirektors Güth, daß sich die Berufsschulen im Rahmen ihrer Möglichkeiten der Verantwortung für die berufspraktische Ausbildung im einphasigen Handelslehrerstudium nicht entziehen würden.

Bahro-Verurteilung

Wissenschaftliche Rechte unerträglich verletzt

Gegen die Stimmen des MSB Spartakus sowie Teilen des BdWi und bei Stimmenthaltung des SHB hat das Konzil auf einer eigens dafür einberufenen Sondersitzung mit großer Mehrheit für eine Resolution gestimmt, die die Verurteilung des DDR-Kritikers Rudolf Bahro zu acht Jahren Gefängnis durch ein DDR-Gericht scharf kritisiert. Die Resolution, vom AStA eingebracht, wurde nach dreistündiger Diskussion verabschiedet. Der Wortlaut:

»Das Konzil reagiert mit tiefer Betroffenheit und Empörung auf die Entscheidung des Berliner Stadtgerichtes der DDR, Rudolf Bahro in einem Geheimverfahren wegen angeblicher nachrichtendienstlicher Tätigkeit zu acht Jahren Haft zu verurteilen. Rudolf Bahro ist einer breiten Öffentlichkeit durch sein Buch »Die Alternative« und die Fernsehauftritte kurz vor seiner Verhaftung als engagierter sozialistischer Kritiker der DDR-Verhältnisse bekannt geworden. Wie immer man zu den Ergebnissen seiner langjährigen Forschungsarbeit auch stehen mag, der Vorwurf der Spionagetätigkeit ist durch nichts vor der Öffentlichkeit bewiesen worden. Auch der Versuch, den vom Gericht erhobenen Vorwurf der materiellen Gewinnsucht als angeblichen Beweggrund Bahros zu nennen, ist nur als böswilliger

und durchsichtiger Verleumdungsversuch zu werten.

Sehr viel ernster zu nehmen ist der Tatbestand, daß das bloße Sammeln von Faktenmaterial über die DDR-Gesellschaft im Rahmen eines Forschungsprozesses als nachrichtendienstliche Tätigkeit abgestempelt und unter Strafe gestellt wird, weil damit unverzichtbare demokratische und wissenschaftliche Rechte in unerträglicher Weise verletzt werden.

Den Idealen der Demokratie und des Sozialismus wird mit diesem Urteil unermesslicher Schaden zugefügt.

Das Konzil ist der Auffassung, daß sich die Maßnahme der DDR-Behörden im klaren Widerspruch zu den Ossietzky'schen Grundsätzen kritischer Humanität befindet, auf die sich die DDR wiederholt berufen hat.

Das Konzil fordert daher die Regierung der DDR auf, das menschenrechtsverletzende Urteil zu revidieren und Rudolf Bahro unverzüglich freizulassen.

Das Konzil wendet sich allerdings auch gegen alle Versuche, die Inhaftierung Rudolf Bahros für eine Kampagne zu nutzen, die geeignet ist, den Fortgang der Entspannungspolitik und das gemeinsame Wirken von Demokraten in der Bundesrepublik und Westberlin in Frage zu stellen.«

Dohnanyi für Ossietzky-Universität

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Klaus von Dohnanyi, und der Präsident des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer (VdK), K. Weishäupl, haben sich in der vergangenen Woche für die Führung des Namens Carl-von-Ossietzky-Universität durch die Oldenburger Hochschule ausgesprochen.

Weishäupl erklärte, wer den deutschen Widerstand respektiere, sollte bereit sein, »wenigstens einer der jungen Universitäten den Namen des profilierten Widerstandskämpfers« zu geben. Als

schädlich für das Ansehen der Bundesrepublik bezeichnet Dohnanyi den Namensstreit. Nach seiner Auffassung hat sich die Landesregierung der Namensgebung nicht wegen der Person Ossietzkys entgegengestellt, sondern wegen des eigenmächtigen Vorgehens der Studenten. »Wir gefährden auch die Tradition des demokratischen Widerstandes in der Geschichte, wenn wir Ossietzky die ihm gebührende Ehre wegen einer Machtprobe zwischen Verwaltung und Studenten versagen«, betonte Dohnanyi.

Klage eingereicht, aber:

Weiter Einvernehmen mit Landesregierung angestrebt

Die Universität Oldenburg hat beim Verwaltungsgericht Oldenburg eine Klage gegen den niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst mit dem Ziel eingereicht, in Selbstverwaltungsangelegenheiten den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg führen zu können. Der Minister hatte entsprechende Beschlüsse des Konzils und des Senats der Universität im Wege der Rechtsaufsicht beanstandet und die Führung des beschlossenen Namens untersagt. Mit der Klage beantragt die Universität die Aufhebung der Beanstandungsverfügungen.

Zu der Klage erklärte die Universitätsleitung, sie sei zunächst eingereicht, um die Klagefrist zu wahren und damit die Möglichkeit einer gerichtlichen Klärung zu erhalten. Die Universität werde sich weiterhin bemühen, mit dem Minister zu einem Einvernehmen über die Namens-

führung außerhalb des Gerichtsverfahrens zu kommen. Die Universität habe stets betont, daß sie die Namensgebung nicht in erster Linie als ein rechtliches Problem ansehe, sondern als die politisch zu entscheidende Frage nach der Stellung von Wissenschaft in der Gesellschaft und dem Stellenwert demokratischer Tradition in unserem Staat. Es werde in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit schwerlich verstanden, wenn sich die Universität den Namen des Friedensnobelpreisträgers Carl von Ossietzky gerichtlich erstreiten müsse.

Die Regelung eines Namenszusatzes bei der Wahrnehmung von Selbstverwaltungsangelegenheiten gehöre zum gesetzlich anerkannten Selbstverwaltungsrecht der Universitäten, wie es beispielsweise auch von der Georg-August-Universität Göttingen ohne Beanstandung durch den Minister für Wissenschaft und Kunst in Anspruch genommen werde.

Vier Sitze an GO-Liste

Zum letzten Mal haben die Studenten ihre Vertreter für den Senat durch ihre Konzilsmitglieder gewählt. Künftig werden nach dem NHG die Senatsvertreter direkt gewählt. Bei den jetzigen Wahlen konnte sich die gewerkschaftlich orientierte Liste (SHB und MSB Spartakus) gegen alle anderen Hochschulgruppen durchsetzen. Mit Heinz-Ewald Schiewe, Irmgard Czarnecki, Uwe Neumann und Hartmut Ring errang sie alle vier Mandate.

ELAB-Prüfungsordnung wird geändert

Schwerwiegende Bedenken hat der stellvertretende Rektor der Universität, Professor Friedrich W. Busch, gegen einen Erlaß geäußert, in dem die Änderung der ELAB-Prüfungsordnung angekündigt wird. Laut Ministerium wird durch den

Neue AStA-Referenten

Hans-Peter Paulsen, Carola Sauerland und Harald Cordes, alle Mitglieder der Basisgruppe, sind aus dem AStA ausgeschieden, um sich, so der AStA, auf das Studium bzw. ihre künftige Arbeitsstelle zu konzentrieren. Neu gewählt wurden: Lothar Streblau (Juso-HSG) als AStA-Sprecher, Dieter Mach (BG-nah) als Finanzreferent, Hans Walter Thee (Juso-HSG nah) als Referent für Hochschulpolitik, Burckhard Schulz (Basisgruppe) als Kulturreferent.

Erlaß die Prüfungsordnung den Bestimmungen des ELAB-Gesetzes angepaßt. (Die Pressestelle wird den Erlaß sowie die Stellungnahme des stellvertretenden Rektors in Kürze in der Reihe dokumente materialien veröffentlichen).

Personalien

Käte Driebusch ist als Angestellte im Schreibdienst in der ZETWA eingestellt worden.

Edith Estermann wurde als Verwaltungsangestellte im ZpB eingestellt.

Heinz Isler ist als Kesselwärter beim Dezernat 4 eingestellt worden.

Waltraud Jonczyk wurde als Raumpflegerin im Dezernat 4 eingestellt.

Bettina Klassen ist als wissenschaftliche Angestellte beim NQ-Projekt eingestellt worden.

Gerd Koopmann wurde als Programmierer im Dezernat 5 eingestellt.

Johanne Kühnel wurde als Verwaltungsangestellte im ZpB eingestellt.

Professor Dr. Wolfgang Krumbein, Hochschullehrer im Fachbereich IV, wird an einem von der UNESCO im September veranstalteten Seminar über gegenwärtige und zukünftige Forschung in Küstengebieten und Lagunen teilnehmen.

Uta Loeber-Pautsch, Verwalterin der Stelle einer Wissenschaftlichen Assistentin im Fachbereich III, ist aus dem Dienst der Universität ausgeschieden.

Manfred Lütke wurde als Verwaltungsangestellter im Fachbereich III eingestellt.

Margit Luther wurde als Angestellte im Schreibdienst im Immatrikulationsamt eingestellt.

Edith Müller wurde als Raumpflegerin im Dezernat 4 eingestellt.

Christiane Perry-Körner wurde als Verwaltungsangestellte im Forschungsprojekt »Materialien zur Geschichte der europäischen Mathematik in Mittelalter und Renaissance« eingestellt.

Professor Dr. Irene Pieper, Mathematikerin im Fachbereich IV, ist erneut in den Bundesvorstand des BdWi gewählt worden.

Ingrid Rudolph ist als Schreibkraft im Fachbereich IV eingestellt worden.

Edith Suhrkamp wurde als Verwaltungsangestellte im Fachbereich I eingestellt.

Jacques Sesiano wurde als wissenschaftlicher Angestellter im Forschungsprojekt »Materialien zur Geschichte der europäischen Mathematik in Mittelalter und Renaissance« eingestellt.

Vier freie Plätze im Kindergarten

Die Studentenselbsthilfe-Kindertagesstätte hat in ihren Kindergärten in der Hauptstraße 100 und in der Tannenkampstraße noch insgesamt vier freie Plätze für Kinder zwischen drei und sechs Jahren. Anmeldungen sind von Studenten, Dienstleistern oder Hochschullehrern an Frieder Aumann, Würzburger Straße 26 zu richten.